

NÖNPLUS | Gleich in mehrfacher Form

# Neues Jahr, neuer Frust in Sachen Gesundheitsversorgung

ERSTELLT AM 14. JÄNNER 2026 | 04:00

GMÜND Markus\_Lohninger



Wartende Patienten, reduzierte Zeiten, wenig erfreuliche Zeilen von Anwälten: Das Landeskrankenhaus Gmünd steht schon in den ersten Tagen des neuen Jahres deutlich im Fokus. FOTO: LGA NÖ/Robert Herbst.

**V**on im Krankenhaus Gmünd gestrandeten Patienten und reduzierten Zeiten in Abteilungen zu einem Gutachten, das im Streit um Standortgarantie ein Damoklesschwert in den Raum stellt: Die Rückgabe des Spitals an die Stadt Gmünd – samt Rückabwicklung der Aufwände des Landes.

Bewegte erste Tage des neuen Jahres rund ums Gesundheitswesen in Gmünd: Die vom Gemeinderat verlangte Stellungnahme von Land NÖ und Landesgesundheitsagentur zur Standortgarantie für das Spital fiel wie fast zu erwarten vernichtend aus, stellte gar Gegenforderungen des Landes an die Bezirkshauptstadt in Aussicht.

Zeitgleich wurden erste Patienten durch offenbar bereits reduzierte Zeiten in Abteilungen und Auswirkungen einer Umstellung bei Sekundärtransporten etwa zwischen zwei Spitalern eiskalt im Jahr begrüßt.

**Bitte warten! Patienten im Gmünder Klinikum gestrandet.** So mehrten sich Berichte über Patienten, die infolge von Unfällen etwa beim Reiten oder Eislaufen im Gmünder Klinikum gestrandet waren und hier mit Schmerzen und in Ungewissheit stundenlang auf Weitertransporte in andere Spitäler ausharren mussten. Weil: Nach Gmünd waren sie zwar mit dem Roten Kreuz gekommen, das darf aber seit heuer keine Sekundärtransporte mehr übernehmen. Die LGA hatte solche Einsätze zur Überstellung medizinisch versorgter Patienten in eine andere Einrichtung 2025 landesweit neu ausgeschrieben. Dabei hatte sich im Sommer nicht das Rote Kreuz durchgesetzt, sondern die Johanniter NÖ, für die große Teile des Landes da noch weiße Flecken waren. Pressemeldungen dazu gab es, im Waldviertel ist das Thema damals aber nicht aufgeschlagen. Die Koordination der Einsätze blieb bei Notruf NÖ.

**Im Herbst kündigten die Johanniter die Schaffung von Stützpunkten** in St. Pölten, Wiener Neudorf und bei Stockerau an. Und aus dem Raum Stockerau im Osten mussten sie nun durchs halbe Land nach Gmünd im Nordwesten tuckern, um etwa eine Reiterin mit Verdacht auf Hirnblutung ins Klinikum Zwettl oder einen Eisläufer mit Schien- und Wadenbeinbruch nach Horn zu überstellen. Am Montag wurde auch der Fall einer Pensionistin bekannt, die für einen Untersuchungstermin vom Gmünder ins St. Pöltner Spital gebracht werden sollte. Das geschah auch, bloß kamen die Johanniter laut ihrem Enkelsohn erst gegen 7.30 Uhr in Gmünd an – als die Patientin bereits den Termin im 100 Kilometer entfernten St. Pölten hatte.

**Krank werden „nur mehr nach Dienstplan Mo-Fr. 8-16h“.** Als Draufgabe berichtete die „Krone“ über ein internes Schreiben, wonach erste Abteilungen im Vorfeld der geplanten Fokussierung auf die Schwerpunktkliniken Zwettl und Horn schon „so gut wie nur noch zu Bürozeiten unter der Woche offen haben“. *LKGmündbleibt* schreibt von „immer obskureren Versorgungslöchern“: „Krank werden im oberen Waldviertel mit med. Vorsorge bitte nur mehr nach Dienstplan Mo-Fr. 8-16h in einer öffentl. Notaufnahme. Außerhalb der Dienstzeiten suchen Sie sich einen Arzt oder Apotheker oder versorgen Sie sich selbst.“



Stadtrat Thomas Miksch (SPÖ): „Schleichender Abbau der medizinischen Versorgung.“

FOTO: privat, Erhard Hois

**Man werde Zeuge eines „schleichenden Abbaus der medizinischen Versorgung** für die Bevölkerung“ im Bezirk, lange vor der geplanten Schließung, wettet SPÖ-Stadtrat Thomas Miksch: Das Gegenteil dessen werde umgesetzt, was im Gesundheitspakt versprochen wurde – „erst dann Strukturen zu verändern, wenn gleichwertige oder bessere Versorgungsangebote tatsächlich vorhanden sind“. Das System werde an seine Grenzen gebracht.

„Es kann nicht sein, dass Verletzte im Waldviertel im Kreis herumgeschickt werden“, schreiben auch die ÖVP-Abgeordneten Martina Diesner-Wais, Margit Göll und Sebastian Stark: „Patienten müssen schnell ins für sie richtige Spital kommen, das muss gewährleistet sein.“ Alle Beteiligten seien gefordert, für Verbesserungen zu sorgen.

### **Wie die Johanniter die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten wollen?**

Alle direkt an sie herangetragenen Rückmeldungen würden „eingehend geprüft“, heißt es auf NÖN-Nachfrage, bis dato werde bei den Transporten eine hohe Verlässlichkeit verzeichnet. „Natürlich ist uns bewusst, dass jeder einzelne Transport zählt“, man nehme Rückmeldungen aus Bevölkerung und Medien sehr ernst.

Die Planung hinsichtlich Abläufen und Standorten erfolge in enger Abstimmung mit LGA und Notruf NÖ, so Sprecherin Anita Bauer: „Prozesse werden auf Basis operativer Erfahrungen laufend weiterentwickelt, um die Dienstleistung zu optimieren. Ziel ist eine verlässliche und qualitativ hochwertige Transportleistung und Patient:innenversorgung.“

**Neuer Ärger tat sich für Gmünd auch in Sachen Standortgarantie für das Landesklinikum auf.** Die Stadtgemeinde forderte von Land bzw. LGA wie berichtet eine Erklärung dafür, wie man die geplante Schließung des Spitals mit der im Übergabevertrag 2004 zugesicherten „Sicherstellungsverpflichtung“ in Form des Erhaltes eines allgemein-öffentlichen Krankenhauses in Einklang bringen wolle.

Und? Diese Verpflichtung werde laut Vertrag durch Vorgaben des Krankenanstaltenplans (heute ÖSG) und Versorgungsauftrages des NÖGUS (heute geregelt im NÖ RSG) „eingeschränkt“, ließ Landesrat Anton Kasser (ÖVP) mitteilen. Der Landesrechnungshof habe bereits eine Bindung der Standortgarantie an die Maßgaben von ÖSG und NÖGUS festgehalten.



Antwort aus dem Büro von Landesrat Anton Kasser an die Stadtgemeinde Gmünd. FOTO: Philipp Grabner

Verwiesen wird etwa an verbindliche Planungs-Grundsätze in Richtung „Bündelung komplexer Leistungen an geeigneten Standorten, die Überwindung von kleinteiligen Organisationsformen sowie die Weiterentwicklung einzelner Krankenanstalten zu Einrichtungen für eine Grund- und Fachversorgung“. Weder Land noch LGA könnten „zivilrechtlich zu einem rechtswidrigen Handeln aufgrund der oben dargestellten rechtlichen Grundlagen verhalten werden“.

**Nicht „bis in alle Zukunft“.** In der Zusammenfassung des Gutachtens für das Land heißt es weiters, die Zulässigkeit einer Spitalsschließung sei nicht am Erhalt eines „klassischen“ Krankenhauses zu messen: Es gehe um ein zumindest gleiches Niveau der Gesundheitsversorgung für ein Gebiet. Man könne nicht von einem Fortbetrieb der Standorte „bis in alle Zukunft“ ausgehen.

Ein Beharren darauf stehe dem durch neue Rechtsgrundlagen vorgesehenen Strukturumbau durch den Krankenhausbetreiber entgegen. Es drohe ein Wegfall der Geschäftsgrundlage für den Übergabevertrag, der sei so potenziell „gänzlich hinfällig“, wäre dann „rückabzuwickeln“.

**Eine Rückabwicklung könne die Stadt teuer zu stehen kommen:** Wenn Betriebskosten und Investitionen ins Spital in den vergangenen 20 Jahren den Wert des Hauses überstiegen, könnten eventuell „sogar hohe Geldforderungen“ gegen von Übergaben betroffene Gemeinden geltend zu machen sein.

*Fazit:* Ein Anspruch auf die Aufrechterhaltung des Spitals bestehe nicht bzw. wäre „schwer durchsetzbar“, der Durchsetzungsversuch sei zugleich womöglich mit „gravierenden (Kosten-)Risiken verbunden“.



Im Gmünder Rathaus ist das weitere Vorgehen zu klären. FOTO: Markus Lohninger

**Was heißt Kassers Schreiben nun für Gmünd?** SPÖ-Stadtrat Miksch hält die Rechtscausa ein Dreivierteljahr, nachdem der Gemeinderat den Rechtsweg beschlossen hatte, „ohnehin nur noch für einen Bluff, ein gegenseitiges Hin- und Herschreiben zwischen der ÖVP in Gmünd und der ÖVP im Land“.

Mit der Auslegung durch die Anwälte für das Land habe er gerechnet. Er fordert die sofortige „Sicherstellung und Wiederherstellung ausreichender personeller und medizinischer Kapazitäten“ am Klinikum Gmünd und eine Feststellungsklage zur Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Pflichten des Landes.

Aus der Sicht von Bürgermeisterin Helga Rosenmayer (ÖVP) müssen die nächsten Schritte noch abgewogen werden. „Natürlich haben wir uns Gedanken gemacht, werden die Angelegenheit mit unserem Rechtsbeistand beraten“, sagt sie. Bis wann der weitere Weg festgelegt sein soll und wie er aussehen kann, das sei offen.

**ÖSI: „Gmünd muss klagen!“** Für die „Ökosoziale Initiative“ um Christian Oberlechner, der vorigen April als Privatperson den stillen Protest vorm Klinikum mit gut 3.000 Gästen organisiert hatte, ist klar: „Gmünd muss klagen!“ und „bis zur letzten Instanz“ durchkämpfen. Die ÖSI erachtet eine Klage als „aussichtsreich“, erwartet Kosten von gut 20.000 Euro – „nichts im Vergleich zu dem, was wir verlieren können“.



Helga Rosenmayer: „Zu einer Rückabwicklung darf es nicht kommen.“

FOTO: Stadtgemeinde Gmünd/Harald Winkler

**Und die im Gutachten angedeutete Rückabwicklung?** Mit der Rückabwicklung der Übergabe des Spitals ans Land wurde der Stadt Gmünd ein Damoklesschwert in den Raum gestellt.

Die Rückkehr in ihr Eigentum samt Rückforderungen etwa für Investitionskosten wäre für die finanziell gebeutelte Stadt kaum zu stemmen, schon gar nicht der Fortbetrieb. „Zu einer Rückabwicklung darf es nicht kommen, das ist klar“, betont Helga Rosenmayer daher.

[Hier geht's zu den Stellungnahmen des Landes NÖ gegenüber der Stadt Gmünd](#)